

Delegiertenversammlung vom 28. März 2009, Neuenburg

R-3 **Résolution de la Coordination des partis socialistes romands**

Schluss mit den Privilegien für die Reichsten!

Lasst uns die Pauschalbesteuerungen abschaffen

Die Pauschalbesteuerung ist ein inakzeptables Steuerprivileg für ausländische Vermögende unter dem Vorwand, dass sie in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Anstatt dass sie nach ihren Einkünften besteuert werden, bezahlen diese Personen der Steuerbehörde einen angesichts ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit bescheidenen Beitrag, der in erster Linie nach ihrem Lebensstandard definiert wird.

Diese nach den Ausgaben berechnete Steuer ist ein Instrument des Steuerdumpings gegenüber den Herkunftsländern dieser Steuerzahler und legalisiert eine unrechtmässige Ungleichbehandlung in unserem Steuersystem. Diese wohlhabenden Einwohner bezahlen dem Steueramt lächerliche Summen verglichen mit dem, was ein reicher Schweizer Steuerzahler entrichten muss. Auch wenn nicht alle Kantone diese Besteuerung kennen, so beeinträchtigen die namentlich von den Kantonen Waadt, Genf und Wallis angewandten Pauschalbesteuerungen zweifellos die Legitimität und Transparenz des schweizerischen Steuersystems.

Sie SP Schweiz ist der Ansicht, dass diese Ausnahmeregelung für etwa 4000 privilegierte Steuerzahler nicht haltbar ist. Am vergangenen 8. Februar hat das Zürcher Volk in seinem Kanton die Abschaffung der Pauschalbesteuerung beschlossen. Eine den eidgenössischen Räten unterbreitete sankt-gallische Initiative verlangt zu Recht die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Sogar wirtschaftsnahe freisinnige Kreise sind heute bereit, die Rechtmässigkeit der Pauschalbesteuerung in Frage zu stellen.

Angesichts dessen setzt sich die SP Schweiz für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung auf nationaler Ebene ein und verlangt von der SP-Fraktion der Eidgenössischen Räte, Schritte zur Erreichung dieses Ziels zu unternehmen oder zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme